

Wochenbericht

Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zur Volkspartei?

Seite **2**

Das Thema Atomausstieg beherrscht die deutsche Politik – dem Abschneiden der Grünen bei den Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gilt deshalb besondere Aufmerksamkeit. Einen Langzeitblick auf die Entwicklung der Anhängerschaft der Grünen erlaubt das Sozio-oekonomische Panel (SOEP). Jenseits schwankender Zustimmungswerte zeigen die SOEP-Daten: Die Grünen befinden sich zwar in einem langfristigen Aufwärtstrend, eine klassisch linke Anhängerschaft aber haben sie nicht.

Von Martin Kroh und Jürgen Schupp

„Die klassische linke Klientel unterstützt die Grünen nicht“

Seite **10**

Sechs Fragen an Martin Kroh

Verringerung des Gender Pay Gap: Fast wurde vergessen daran zu arbeiten

Seite **12**

Kommentar von Elke Holst

Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zur Volkspartei?

Martin Kroh
mkroh@diw.de

Jürgen Schupp
jschupp@diw.de

Die Grünen befinden sich seit Monaten in einem Umfragehoch. Derzeit erscheint es nicht ausgeschlossen, dass die Partei nach den anstehenden Landtagswahlen erstmals einen Ministerpräsidenten oder eine Regierende Bürgermeisterin stellt. Die Spekulation hierüber wird vor allem durch Meinungsumfragen befördert.

Jenseits dieser politischen Stimmungen wirft die hier vorgelegte Untersuchung einen analytischen Blick auf langfristige Trends. Sie greift dabei zurück auf die vom DIW Berlin zusammen mit TNS Infratest Sozialforschung erhobenen Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Für eine tiefgreifende Analyse der Anhängerschaft einer Partei sind diese Daten aus zwei Gründen besonders geeignet: Zum einen werden im SOEP seit mehr als 27 Jahren stets dieselben Personen zu ihren parteipolitischen Präferenzen befragt. Zum zweiten liefert das SOEP einen einmaligen Datenreichtum zu der Frage, wer diese Anhänger sind – wie viel sie verdienen, welche Bildungsabschlüsse und welche berufliche Stellung sie haben.

Die von uns vorgenommene Analyse zeigt: Der Erfolg von Bündnis 90/Die Grünen beruht in der Tat auf langfristigen Entwicklungen innerhalb deren Anhängerschaft. Die Grünen finden seit den 80er Jahren bis heute ungebrochen überproportionale Unterstützung bei jungen Menschen. Der Partei gelingt es zudem, diese Anhänger im späteren Lebenslauf auch dauerhaft an sich zu binden. Ein weiteres Ergebnis: Ein großer Teil der ehemals jugendlichen grünen Anhänger ist inzwischen insbesondere unter Besserverdienenden, Beamten, Angestellten und Selbstständigen zu finden. Bündnis 90/Die Grünen machen somit hinsichtlich der Interessenvertretung einer bürgerlichen Klientel insbesondere der Union und der FDP Konkurrenz.¹

¹ Die offizielle Bezeichnung der Grünen hat sich im Laufe der Zeit geändert. In der Gründungsphase der Grünen wurde auf Landesebene häufig der Begriff Grüne Liste oder Alternative Liste verwendet, entsprechend nennt sich der Hamburger Landesverband heute noch Grün-Alternative Liste. Mit dem Zusammenschluss zwischen Grünen und Bündnis90 im Jahr 1993 haben sich die Grünen in Bündnis90/Die Grünen umbenannt.

Stimmungshoch oder Langfristtrend?

Bündnis 90/Die Grünen haben in den zurückliegenden Monaten einen Höhenflug der Zustimmung erfahren: Manche Demoskopien vermuten sie in der Wählergunst bereits vor der SPD. Im Bund reklamieren grüne Spitzenpolitiker selbstbewusst die Oppositionsführerschaft für sich. Auch in den Ländern sind die Grünen ungebrochen erfolgsverwöhnt. Selbst in Hamburg konnten die Grünen trotz einer dürftigen Bilanz ihrer Regierungsbeteiligung nochmals zulegen. Und zum ersten Mal seit ihrer Gründung 1980 besteht für die Grünen bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Berlin sogar eine reelle Chance, dass die Grünen anschließend den Ministerpräsidenten beziehungsweise die Regierende Bürgermeisterin stellen werden.

Manche politische Kommentatoren interpretieren diesen Trend lediglich als Ausdruck kurzfristiger politischer Stimmungen. Die Schwäche anderer Parteien, insbesondere der SPD, und die aktuellen Diskussionen über Atomausstieg, Klimawandel und vermehrte Bürgerbeteiligung am Beispiel von Stuttgart 21 spielten, so die Analyse, B90/Die Grünen vorübergehend in die Hände. Ein langfristiger Trend verberge sich hinter dem aktuellen Stimmungshoch jedoch nicht.

Die gegenteilige Auffassung wird zunehmend unter dem Schlagwort von B90/Die Grünen als neuer Volkspartei diskutiert.² Demnach habe sich die Anhängerschaft der Grünen in den vergangenen 30 Jahren derart verbreitert und verfestigt, dass es mittlerweile zutreffend sei, diese (ehemalige) Anti-Parteien-Bewegung mit der zweifelhaften Auszeichnung als Volkspartei zu charakterisieren. Eine solche

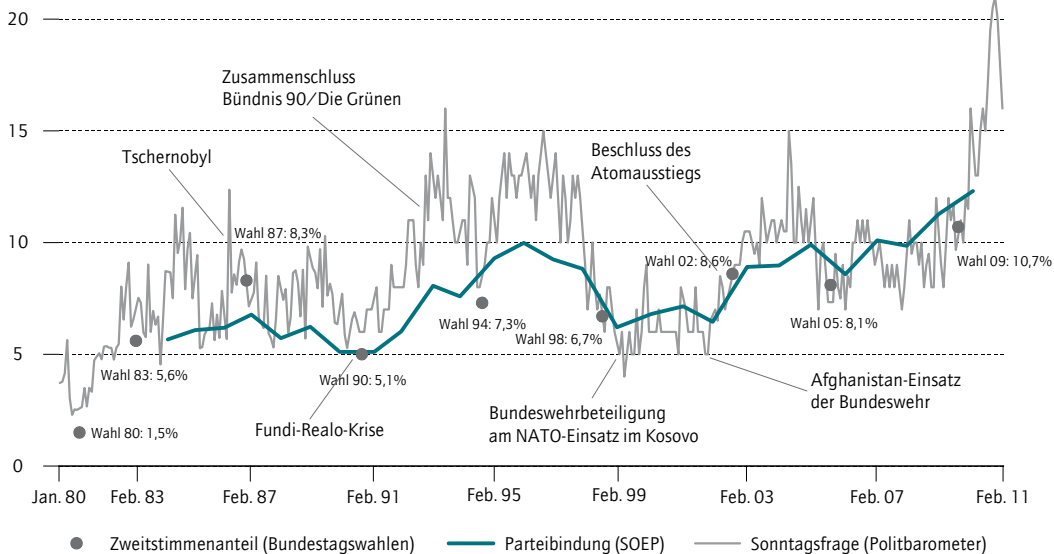
Aus sprachlichen Gründen wird im Text jedoch neben den offiziellen Namen vor allem die Kurzform „die Grünen“ verwendet.

² Vgl. Hoischen, O.: Wie grün ist das denn? Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 14.11.2010: 6.

Abbildung 1

Unterstützung der Grünen

Anteil von B90/Die Grünen in Prozent



Quellen: Bundeswahlleiter, Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer; SOEP.

DIW Berlin 2011

In den letzten drei Jahrzehnten gibt es bei den Grünen keinen geradlinigen Aufwärtstrend.

Entwicklung kann nicht folgenlos für das Parteiensystem insgesamt bleiben. In jedem Fall dienen die ehemals kleinen Parteien offenbar nicht länger nur als Mehrheitsbeschaffer für Union und SPD, sondern werden in einem Fünf-Parteien-System zunehmend zu gleichberechtigten Partnern in unterschiedlichen Regierungskonstellationen.³ In dem Maße, wie sich die Grünen eine breitere Anhängerschaft erschließen, werden sie aber auch stärker darauf achten müssen, die heterogeneren Interessen einer wachsenden Klientel zu integrieren, ohne neuerliche Flügelkämpfe zu riskieren.

Dass das derzeitige Umfragehoch von B90/Die Grünen kein Ergebnis eines geradlinigen Aufwärtstrends der vergangenen 30 Jahre ist, zeigt Abbildung 1.⁴ Tatsächlich wurde bereits in den 80er Jahren vielfach das Totenglöckchen für die seinerzeit gerade gegründeten Grünen geläutet. So hieß es, die Grünen seien lediglich Ausdruck der steigenden Furcht junger Hochschulabsolventen vor Arbeitslosigkeit und

würden mit der Verbesserung der Arbeitsmarktsituation wieder verschwinden.⁵ Oder aber die Grünen seien ein vorübergehendes Phänomen einer Jugend, die durch Debatten über Tschernobyl, sauren Regen und atomares Wettrüsten geprägt sei. Nachfolgende Generationen würden sich neuen Themen zuwenden und die Grünen würden somit ebenso schnell wieder verschwinden wie sie gekommen seien.

Tatsächlich bewegten sich die Grünen in ihrer Geschichte mehrfach am Rande des politischen Überlebens. Nachdem sie 1983 und 1987 erstmals im Bundestag vertreten waren, scheiterten die West-Grünen 1990 an der Fünf-Prozent-Hürde⁶ und lieferten sich in der Folge heftige Flügelkämpfe zwischen fundamentalistischer (Fundis) und realpolitischer Programmatik (Realos). Dieser Richtungsstreit war zudem geprägt durch zahlreiche Austritte oder Parteübertritte prominenter Gründungsmitglieder.

Auch während der ersten Regierungsbeteiligung der Grünen auf Bundesebene im ersten Kabinett Schröder (1998–2002) gab es massive Stimmungstiefs für die Partei. Zwar konnte sie den für das grüne Selbstver-

³ Vgl. auch Kroh, M., Siedler, T.: Die Anhänger der „Linken“: Rückhalt quer durch alle Einkommensschichten. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 41/2008.

⁴ Für einen Überblick über die Entwicklung der Grünen und ihrer Anhängerschaft vgl. Hulsberg, W.: The German Greens: A social and political profile. London 1988. Raschke, J.: Die Grünen. Wie sie wurden was sie sind. Köln 1993. Raschke, J.: Die Zukunft der Grünen. „So kann man nicht regieren“. Frankfurt/New York 2001. Falter, J.W., Klein, M.: Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Regierung. München 2003.

⁵ Bürklin, W.: Governing left parties frustrating the radical non-established left: The rise and inevitable decline of the Greens. European Sociological Review, 4, 1987, 161–166.

⁶ Die in Abbildung 1 berichteten 5,1 Prozent der Zweitstimmen in 1990 beziehen sich auf die Summe der zu dem Zeitpunkt noch getrennt antretenden Listen von west- und Ost-Grünen und Bündnis 90.

Kasten

Glossar: Wahlentscheidung, Sonntagsfrage und Parteibindung

Drei Indikatoren werden für die Unterstützung der Grünen in der Bevölkerung herangezogen (Abbildung 1): Zum einen der *Zweitstimmenanteil* in Bundestagswahlen zwischen 1980 und 2009 (graue Punkte). Zum zweiten die sogenannte *Sonntagsfrage*, also der Anteil der Befragten in monatlichen Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen im Rahmen des Politbarometers, bei denen Befragte angeben, welche Partei sie wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre (graue Linie). Zum dritten die politische *Anhängerschaft*, also der Anteil der Befragten mit einer langfristigen Parteibindung, die B90/Die Grünen unterstützen (grüne Linie). Letztere Datenreihe stammt aus der jährlichen Wiederholungsbefragung des Sozio-oekonomischen Panels.

Die langfristige Parteibindung (*Anhängerschaft*) wird in der deutschen Wahlforschung mit der folgenden Frage gemessen: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?“ Sofern die Befragten dies bejahen, wird daraufhin ermittelt, welcher Partei sie zuneigen.¹ Im Gegensatz zur aktuellen Stimmung, die oftmals mit der Sonntagsfrage abgebildet wird, lassen sich mit der Parteibindung langfristige Trends in der Anhängerschaft der Parteien untersuchen.

Ein gängiger Befund in vielen westlichen Ländern ist die abnehmende Häufigkeit von Parteibindungen.² Derzeit

geben etwa 50 Prozent der Befragten in einer jährlichen Erhebung des Sozio-oekonomischen Panels an, sich langfristig einer Partei verbunden zu fühlen. In den 80er Jahren lag dieser Anteil noch fünf bis zehn Prozentpunkte höher. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die anderen 50 Prozent der Befragten politisch völlig ungebunden sind. Viele Befragte schwanken bei zwei aufeinanderfolgenden Erhebungen zwischen der Nennung einer Parteibindung und politischer Unabhängigkeit. Wird somit ein etwas längerer Zeitraum der Wiederholungsbefragung SOEP betrachtet (2006–2010), dann nennen nahezu 70 Prozent aller Befragten zu wenigstens einem Erhebungszeitpunkt eine bestimmte Partei. Im Zeitraum von 1984 bis 1988 waren es noch über 80 Prozent der Befragten.

Eine Besonderheit unterscheidet das Sozio-oekonomische Panel von vielen anderen politischen Befragungen: Auskunft über ihre politischen Präferenzen geben hier nicht nur Wahlberechtigte – also Personen über 18 mit deutschem Pass –, sondern auch bereits 17-Jährige sowie in Deutschland Lebende ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Alle Auswertungen des Wochenberichts beziehen sich auf diese breitere Abgrenzung *aller* Personen in Deutschland, die 17 Jahre und älter sind. Die Wahrscheinlichkeit der Bejahung der Frage, ob Personen „längere Zeit einer bestimmten Partei zu[neigen]“, ist bei jungen Menschen und neuen Zuwanderer übrigens zunächst geringer, sie steigt jedoch stetig mit zunehmender Erfahrung im politischen System.³

¹ Falter, J., Schoen, H., Caballero, C.: DreiBig Jahre danach. Zur Validierung des Konzepts „Parteiidentifikation“ in der Bundesrepublik. In: M. Klein, M., Jagodzinski, W., Mochmann, E., Ohr, D. (Hrsg.): 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklungen, Befunde, Perspektive, Daten. Wiesbaden 2003.

² Dalton, R.J., Wattenberg, M. (Hrsg.): Parties without partisans. Oxford 2000.

³ Zur Dauer bis zur Nennung der ersten Parteibindung bei Jugendlichen vgl. Kroh, M., Schoen, H.: Politisches Engagement. In: Krause, P., Ostner, I. (Hrsg.): Leben in Ost- und Westdeutschland: Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990–2010. Frankfurt/New York 2010. Zur Dauer bis zur Nennung der ersten Parteibindung bei neuen Zuwanderern vgl. Kroh, M., Tucci, I.: Parteienbindungen von Migranten: Parteien brauchen erleichterte Einbürgerung nicht zu fürchten. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 47/2009.

ständnis wichtigen Atomausstieg als Erfolg für sich verbuchen. Gleichzeitig hatte sie entgegen ihrer pazifistischen Wurzeln die Bundeswehreinräte im Kosovo und Afghanistan mitgetragen, nachdem ihr damaliger grüner Außenminister Joschka Fischer die Partei auf diese Linie eingeschworen hatte. In der Folge gab es nicht nur schwere parteiinterne Auseinandersetzungen, sondern die Grünen verloren auch stark an Rückhalt in der Bevölkerung. So verzeichnete die Forschungsgruppe Wahlen im Laufe des Jahres 1999 die niedrigsten Zustimmungswerte für die Grünen seit 1981 – ein Jahr, nachdem die Grünen auf Bundesebene erstmals in Regierungsverantwortung gekommen waren (vgl. Politbarometer, Abbildung 1).

Dass es sich beim aktuellen Umfragehoch der Grünen mit etwa 20 Prozent in der Sonntagsfrage vor allem um ein temporäres Phänomen handelt, legt somit eine längerfristige Betrachtung der wachsenden wie fallenden Popularität der Grünen nahe. Bereits Mitte der 90er Jahre lagen die Zustimmungswerte der Grünen bei vergleichsweise hohen 15 Prozent. Und dennoch ist nicht ausgeschlossen, dass sich hinter diesen monatlichen Schwankungen in der Sonntagsfrage gleichsam auch ein langfristiger Trend verbirgt, der die Bezeichnung der Grünen als Volkspartei zukünftig tatsächlich rechtfertigt. Diesen langfristigen Trends gehen wir deshalb im Folgenden auf der Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)

auf den Grund: Wichtiger als aktuelle politische Stimmungen in der Bevölkerung ist für eine solche Untersuchung die Analyse langfristiger Parteibindungen sowie für Parteien relevante Strukturverschiebungen in der Bevölkerung.

Kaum Wanderungen zwischen den Parteien

Die im SOEP befragten Personen berichten, inwieweit sie sich langfristig einer bestimmten Partei verbunden fühlen – diese eher dauerhaft ausgerichtete Anhängerschaft ist daher deutlich von der aktuellen Zustimmung zu einer politischen Partei zu unterscheiden, wie sie durch die sogenannte Sonntagsfrage gemessen wird (zu den Begriffserklärungen siehe Kasten).

Die meisten Personen, die angeben, einer Partei verbunden zu sein, bleiben dieser Partei auch in wiederholten Befragungen treu (Tabelle 1). Von den geschätzten 3,2 Millionen Anhängern von B90/Die Grünen des Jahres 2009 unterstützten rund 2,3 Millionen die Grünen auch im darauffolgenden Jahr. Etwa 440 000 der Grünen-Anhänger im Jahr 2009 gaben 2010 an, sie seien an keine Partei (mehr) gebunden. Die verbleibenden 430 000 der B90/Die Grünen-Anhänger von 2009 hatten sich 2010 für eine andere Partei entschieden, die große Mehrheit hiervon für die SPD (262 000). Den Abwanderungen der Anhänger der Grünen stehen mehr als eine Million Zugänge ehemals parteipolitisch ungebundener Befragter gegenüber. Weitere Zugänge zwischen 2009 und 2010 kamen von ehemaligen Anhängern anderer Parteien (500 000), in der relativen Mehrheit wiederum ehemalige SPD-Anhänger (320 000). In der Summe konnte B90/Die Grünen somit ihre Anhängerschaft zwischen 2009 und 2010 von 3,2 auf vier Millionen erhöhen. Wanderungen zwischen Parteien und insbesondere zwischen politischen Lagern treten sehr selten auf: 84 Prozent der Grünen-Anhänger von 2009, die auch 2010 eine Partei unterstützten, nannten wieder B90/Die Grünen. Zum Vergleich: Bei der CDU/CSU sind es 95 Prozent, bei der SPD 90 Prozent, bei der Linken 89 Prozent und bei der FDP 61 Prozent. (Tabelle 1)

Da Parteianhänger in aller Regel ihre Partei auch langfristig loyal unterstützen und bestenfalls für einen gewissen Zeitraum in die politische Unabhängigkeit wechseln,⁷ kann sich der langsame Anstieg der Anteile

⁷ Die hohe Stabilität von Parteibindungen kann für verschiedene westliche Länder bestätigt werden, vgl. z.B.: Green, D.P., Palmquist, B.: How stable is party identification? *Political Behavior*, 16, 1994, 437-466. Green, D.P., Palmquist, B., Schickler, E.: *Partisan hearts and minds. Political parties and the social identities of voters.* New Haven/London 2002. Zuckerman, A.S.: *The social logic of partisanship.* Philadelphia 2005. Zuckerman, A.S., Dasovic, J., Fitzgerald, J.: *Partisan families: the social logic of bounded partisanship in Germany and Britain.* New York 2007.

Tabelle 1

Veränderungen von Parteibindungen 2009-2010

In 1 000

	2010							Total
	Unabhängig	SPD	CDU/CSU	FDP	B90/Die Grünen	Die Linke	Sonstige	
2009	31 754	2 992	2 624	654	1 146	777	473	40 420
SPD	1 532	6 668	117	46	320	176	95	8 954
CDU/CSU	1 397	171	8 827	115	34	32	114	10 690
FDP	566	47	356	906	71	14	83	2 043
B90/Die Grünen	436	262	14	8	2 322	80	65	3 187
Die Linke	242	94	9	0	25	1 418	48	1 836
Sonstige	216	125	177	50	58	9	535	1 170
Total	36 143	10 359	12 124	1 779	3 976	2 506	1 413	68 300

Lesebeispiel: Von den 68,3 Millionen Menschen in Deutschland über 17 Jahren unterstützten 2,322 Millionen sowohl im Jahr 2009 als auch 2010 B90/Die Grünen. Von den Menschen, die sich 2010 als Anhänger von B90/Die Grünen bezeichneten, hatten sich im Vorjahr 1,146 Millionen als Anhänger keiner Partei (unabhängig) bezeichnet.

Quellen: SOEP; eigene Berechnungen.

DIW Berlin 2011

Von den drei kleineren Parteien haben die Grünen aktuell die mit Abstand größte stabile Anhängerschaft.

grüner Parteianhänger auf derzeit etwa 12 Prozent aller parteipolitisch gebundenen Befragten nur zu einem begrenzten Umfang aus Abwanderungen anderer Parteien speisen (Abbildung 1). Abbildung 2 gibt den Saldo der Wanderungen von Parteiewechseln zwischen zwei Jahren seit 1985 hinsichtlich der Grünen wieder. Aus der Abbildung wird deutlich, dass im Saldo der Austausch an Anhängern mit der SPD für die Grünen von besonderer Relevanz ist. Es zeigt sich jedoch auch, dass die Grünen bei weitem nicht kontinuierlich von der SPD zugewannen, sondern in Zeiten politischer Krisen (Fundri-Realo-Auseinandersetzung, Bundeswehreinsetze Ende der 90er Jahre) auch viele Anhänger wieder an die SPD verloren gehen können. Der Austausch an Anhängern mit den bürgerlichen Parteien und der PDS/Linken fällt absolut betrachtet weit weniger ins Gewicht (Abbildung 2). Im Jahr 2010 profitierten B90/Die Grünen im Saldo von ehemaligen Anhängern der SPD und FDP, verloren jedoch Anhänger an die Linke (je etwa 60 000, vgl. Tabelle 1).

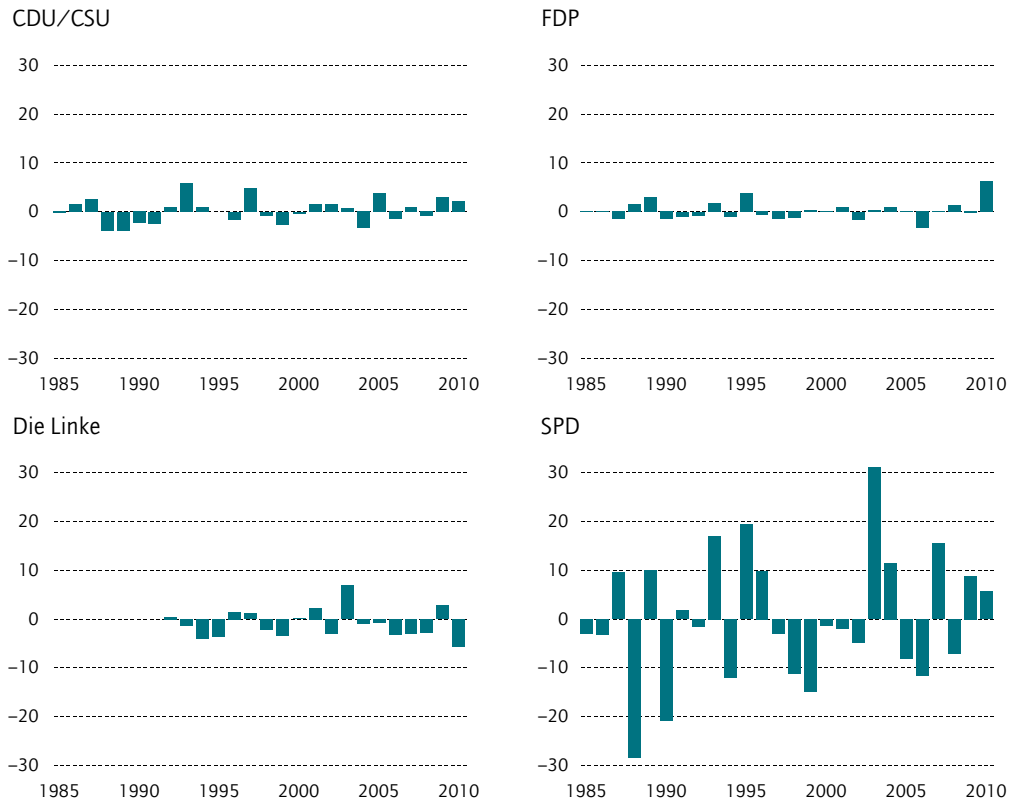
Demographischer Wandel begünstigt Wachstum der Grünen

Wenn also der Anstieg der grünen Anhängerschaft nicht maßgeblich aus der Zuwanderung von ehemaligen Anhängern anderer Parteien erklärt werden kann, besteht eine alternative plausible Erklärung darin, dass das Hineinwachsen neuer Geburtskohorten den Grünen einen langsam wachsenden Rückhalt einer Volkspartei beschert hat. Dass sich Grünen-Anhänger besonders unter Jugendlichen und jungen Menschen finden, ist ein seit langem bekannter empirischer Be-

Abbildung 2

Zu-/Abwanderungen von Parteianhängern zwischen den Grünen und anderen Parteien

In 10 000 Personen



Quelle: SOEP.

DIW Berlin 2011

Mit keiner anderen Partei gibt es einen so regen Austausch der Anhängerschaft wie mit der SPD.

Tabelle 2

Anteil grüner Parteibindungen nach Kohorten- und Altersgruppen

Alter	Geburtskohorten								
	Bis 1909	1910-1919	1920-1929	1930-1939	1940-1949	1950-1959	1960-1969	1970-1979	1980-1993
17-20							19	19	17
21-30						16	17	15	18
31-40					7	12	15	19	
41-50				2	5	12	16		
51-60			1	2	4	9			
61-70		1	1	2	4				
71+	0	1	1	3					
Total¹	4	4	5	6	7	14	18	18	18

¹ Geschätzte mittlere Unterstützung der Grünen in Kohorten unter Kontrolle des Alterseffekts.

Quellen: SOEP; eigene Berechnungen.

DIW Berlin 2011

Die Grünen können auf eine stabil hohe Anhängerschaft in den Nachkriegsgenerationen setzen.

fund. Ein oft diskutiertes Thema der Wahlforschung ist zudem, dass sich das mittlere Alter der Grünen-Anhänger seit den 90er Jahren schrittweise erhöht hat: Waren die Anhänger der Grünen im Sozio-oekonomischen Panel in den Untersuchungsjahren 1984

bis 1989 im Schnitt noch 28 Jahre alt (Median), so sind sie heute im Mittel 42.⁸

Einer gängigen These folgend, die sich auch mit den vorliegenden Daten des Sozio-oekonomischen Panels deckt, sind die ersten Generationen von jungen Grünen-Anhängern aus den 80er Jahren (Jahrgänge 1950/59 und insbesondere 1960/69) der Partei auch 30 Jahre nach deren Gründung in hohem Maße treu geblieben (Tabelle 2). So lag der Anteil der Grünen bei der Kohorte der von 1960 bis 1969 Geborenen

⁸ Zur Debatte der ergrauenden Grünen vgl. Bürklin, W., Dalton, R.J.: Das Ergrauen der Grünen. In: Klingemann, H.D., Kaase, M. (Hrsg.): Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990. Opladen 1994, 264-302. Klein, M., Arzheimer, K.: Grau in Grau. Die Grünen und ihre Wähler nach eineinhalb Jahrzehnten. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 49, 1997, 650-673. Kohler, U.: Zur Attraktivität der Grünen bei älteren Wählern. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 50, 1998, 536-559. Klein, M.: Die Entwicklung der grünen Wählerschaft im Laufe dreier Jahrzehnte – eine empirische APK-Analyse. In: Kaspar, H., Schoen, H., Schumann, S., Winkler, J.W. (Hrsg.): Politik – Wissenschaft – Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag. Wiesbaden 1999. Spiess, M., Kroh, M.: A selection model for panel data: the prospects of green party support. Political Analysis, 18, 2010, 172-188.

im Alter unter 20 bei 19 Prozent. Als diese Geburtskohorte ein Alter von mehr als 40 Jahren erreicht hatte, lag der Anteil der Anhänger der Grünen immer noch bei 16 Prozent. Zwar zeigt sich somit ein leichter Rückgang der Unterstützung der Grünen im Lebenszyklus, aber deutlich stärker ist der Kohorten-Unterschied: Ältere Geburtskohorten der bis etwa 1950 Geborenen unterstützen die Grünen weit unterdurchschnittlich, jüngere Geburtsjahrgänge (nach 1950 Geborene) unterstützen die Grünen dagegen zu etwa zehn bis 19 Prozent. Besonders den geburtenstarken Jahrgängen der 60er Jahre kommt mittelfristig eine hohe Bedeutung für die Verteilung von Anhängern zwischen Parteien zu.

Wird der Grünen-Anteil unter den parteigebundenen Befragten um den erwähnten negativen Effekt des Lebenszyklus bereinigt, dann ergibt sich eine gleichbleibend hohe Unterstützung von B90/Die Grünen von 18 Prozent in den Geburtskohorten der 60er, 70er und 80er Jahre. In dem Maße, in dem sich im Laufe der Zeit die relative Bedeutung der Geburtskohorten bis 1950 zu den Kohorten nach 1950 verringert, steigt auch der Anteil grüner Parteianhänger an der Bevölkerung. Der demographische Wandel der Gesellschaft stellt somit einen strukturellen Vorteil für die Grünen dar und eröffnet der Partei die Möglichkeit, sich künftig tatsächlich der 20-Prozentmarke bei Wahlen zu nähern.

Vom Bürgerschreck zum grünen Establishment

Da die vormals jungen Anhänger der Grünen aus den 80er Jahren der Partei auch im Lebenslauf weitgehend treu geblieben sind, hat sich nicht nur das mittlere Alter grüner Parteianhänger, sondern auch deren sozialstrukturelle Lage in den vergangenen drei Jahrzehnten stark verändert.

Die wohlhabenden Grünen

Die Grünen rekrutieren ihre Anhänger fast ausschließlich unter Menschen mit Abitur (etwa 18 Prozent seit 1984). Unter Menschen mit einem Volks- oder Hauptschulabschluss finden die Grünen hingegen kaum Unterstützung (etwa drei Prozent). Dieser Zusammenhang hat sich seit den 80er Jahren nicht verändert (Tabelle 3).

Zwar hatten viele Anhänger der Grünen bereits in den 80er Jahren ihren Bildungsabschluss erreicht, aber noch nicht ihre berufliche Stellung: 1984 bis 1989 unterstützten 26 Prozent der Personen in Ausbildung die Grünen und nur fünf bis acht Prozent der Selbstständigen, Beamten und Angestellten. Seitdem ist die Unterstützung unter den drei letztgenannten Berufsgruppen stetig gewachsen, oder genauer, sind

Tabelle 3

Anteil grüner Parteibindungen nach Merkmalen der Befragten zwischen 1984 und 2010

	1984-1989	1990-1995	1996-2001	2002-2007	2008-2010
Bildung					
Haupt-/Volksschule	3	3	3	3	4
Realschule	6	7	7	7	8
Fach-/Abitur	17	17	18	18	20
Beruf					
Arbeiter	5	5	5	5	5
Beamte	6	9	12	17	20
Selbstständige/Freiberufler	5	10	11	14	18
Angestellte	8	9	13	14	18
Ausbildung	26	23	24	19	23
Arbeitslose	10	10	7	7	7
Nicht erwerbstätig	5	6	10	11	10
Rentner	1	1	1	2	3
Einkommenquintile					
1	9	8	8	8	9
2	6	6	7	7	8
3	6	6	7	7	9
4	6	8	8	10	12
5	6	7	9	11	16
Gemeindegröße					
Bis 2 000	5	7	7	6	5
2 000-20 000	5	6	6	6	9
20 000-100 000	5	5	7	8	8
100 000-500 000	7	9	10	11	14
500 000+	9	9	12	14	18
Ost/West					
West	6	7	8	9	12
Ost		9	6	6	9
Migrationshintergrund					
Nein	6	6	8	9	11
Ja	9	11	10	9	11
Geschlecht					
Männlich	6	6	7	8	10
Weiblich	6	7	9	10	13
Umwelt					
Keine/geringe Sorgen	1	3	5	6	8
Große Sorgen	10	10	14	15	18
Klimawandel					
Keine/geringe Sorgen					9
Große Sorgen					18
Frieden					
Keine/geringe Sorgen	4	6	8	8	11
Große Sorgen	9	8	8	10	11
Allgemeine Wirtschaftslage					
Keine/geringe Sorgen	6	7	9	11	13
Große Sorgen	6	6	6	6	7
Kriminalität					
Keine/geringe Sorgen		7	12	13	15
Große Sorgen		5	5	4	4
Total	6	7	8	9	11

Bei den Zelleneinträgen handelt es sich um Anteile von B90/Die Grünen unter Personen in den jeweiligen Gruppen beziehungsweise Perioden, die angeben, seit längerem einer Partei verbunden zu sein.

Bei Einkommensquintilen liegt das bedarfsgewichtete Netto-Haushaltseinkommen zugrunde.

Quellen: SOEP; eigene Berechnungen.

DIW Berlin 2011

In den letzten drei Jahrzehnten ist den Grünen eine große Anhängerschaft gut ausgebildeter, gut verdienender Großstädter zugewachsen.

die Anhänger der Grünen in diese Berufsgruppe hineingewachsen.

Heute liegt der Anteil grüner Unterstützer unter den Beamten bei 20 Prozent und bei Selbstständigen und Angestellten bei immerhin 18 Prozent. Bei Rentnern, sonstigen Nichterwerbstätigen und Arbeitern fanden die Grünen dagegen zu keinem Zeitpunkt besondere Unterstützung. Bei Arbeitslosen ist der Anteil grüner Parteibindungen sogar in den letzten Jahrzehnten rückläufig.

Die beruflichen Veränderungen der grünen Parteianhänger drücken sich auch im Einkommen aus. Die Grünen fanden 1984 bis 1989 mit rund neun Prozent die relativ höchste Unterstützung bei den 20 Prozent der Bevölkerung mit den geringsten verfügbaren Einkommen und nur eine durchschnittliche Unterstützung von sechs Prozent bei den 20 Prozent der Bevölkerung mit dem höchsten verfügbaren Einkommen. Dieses Bild hat sich in den folgenden Jahren ins Gegenteil verkehrt. In der Periode von 2008 bis 2010 findet sich ein durchschnittlicher Anteil an Anhängern der Grünen bei den Personen mit den geringsten Einkommen (neun Prozent Unterstützung beim untersten Fünftel der Einkommensverteilung). Der höchste Anteil ist hingegen bei Personen mit dem höchsten Einkommen anzutreffen (16 Prozent Unterstützung im obersten Einkommensfünftel).

Bezogen auf die sozialstrukturelle Position ihrer Anhänger finden die Grünen heute somit die höchste Unterstützung bei einem gutsituierten Bildungsbürgertum. Gerade auch der Erfolg bei Selbstständigen und Freiberuflern sowie bei Personen mit überdurchschnittlichen Einkommen untergräbt den bürgerlichen Alleinvertretungsanspruch von Union und FDP für diese Klientel. Die fehlende Unterstützung der Grünen bei Menschen mit geringer Bildung, Arbeitern und Arbeitslosen deutet hingegen darauf hin, dass die Grünen trotz ihrer Selbstwahrnehmung als „linke“ Kraft mit der SPD und Linken faktisch nicht um Anhänger aus dem klassischen Arbeitermilieu konkurrieren.

Großstädter sind klassische Grünenanhänger

Die überwiegende Zahl der Anhänger von B90/Die Grünen sind traditionell in Großstädten oder Metropolen anzutreffen. In städtischen Quartieren wächst der Anteil grüner Parteibindungen auch deutlich stärker als auf dem Land. Die Propagierung von Naturschutz sowie einer ökologisch ausgerichtete Landwirtschaft durch die Grünen scheint sich bei der Bevölkerung in kleinen Gemeinden zumindest nicht in Form einer Anhängerschaft der Grünen niederzuschlagen.

In den neuen Ländern fällt die Unterstützung der Grünen ebenfalls unterdurchschnittlich aus. Dieser

Ost-West-Unterschied bleibt auch dann bestehen, wenn andere für die Unterstützung von B90/Die Grünen relevante Faktoren wie Beruf, Einkommen oder Bildung herausgerechnet werden. Personen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich dagegen kaum hinsichtlich der Unterstützung von B90/Die Grünen. Weitere Analysen zeigen, dass B90/Die Grünen besonders oft von Migranten aus westlichen Ländern und von der zweiten Zuwanderergeneration unterstützt werden.⁹

Mehr Anhänger bei Frauen als bei Männern

Die Grünen haben frühzeitig eine Frauenquote in ihrer Partei eingeführt und mit mehr als 50 Prozent den höchsten Anteil an Frauen unter allen Fraktionen im Bundestag. Dies und ihre klare Position zur Gleichstellungspolitik sind plausible Erklärungen, warum die Grünen in den vergangenen drei Jahrzehnten stärker bei Frauen als bei Männern Anhänger gewinnen können (Tabelle 3).

Die Identifizierung der Grünen mit wenigen Sachthemen wie Pazifismus, Ökologie und Atomausstieg wurde im Laufe der Zeit von Parteistrategen immer wieder als problematisch wahrgenommen. Um auch für weitere Bevölkerungskreise attraktiv zu werden, bilden heutige Grundsatzprogramme der Grünen eine Vielzahl sozialer und wirtschaftlicher Themen ab. Hinsichtlich ihrer ökologischen Orientierung unterscheidet sich die Anhängerschaft der Grünen jedoch nach wie vor stark von den Anhängern der anderen Parteien: 1984 bis 1989 lag die Unterstützung der Grünen bei Personen, die sich um die Umwelt „große Sorgen“ machten, bei zehn Prozent und bei Personen, die sich „keine großen Sorgen“ machten, bei lediglich einem Prozent. Heute liegt das Verhältnis bei 18 zu acht Prozent (Tabelle 3). Fast identische Anhängerverteilungen zeigen sich hinsichtlich der 2009 und 2010 erhobenen Sorgen um die Folgen des Klimawandels. In den 80er Jahren war der Grünen-Anteil auch bei Personen überdurchschnittlich, die sich große Sorgen um den Friedenserhalt machten. Inzwischen hat sich dieser Unterschied jedoch nivelliert. Die Grünen werden seit einigen Jahren nicht mehr als Sachwalter pazifistischer Sorgen wahrgenommen. Seit ihrer Zustimmung zu Kampfeinsätzen der Bundeswehr in der Regierung von Gerhard Schröder wurden die Grünen in dieser Rolle teilweise von der Partei Die Linke abgelöst.

Im SOEP werden seit 1984 auch die Sorgen der Bevölkerung um die allgemeine Wirtschaftslage und seit 1992 auch die Sorgen um Kriminalität erhoben,

⁹ Vgl. Kroh, M., Tucci, I.: Parteibindungen von Migranten: Parteien brauchen erleichterte Einbürgerung nicht zu fürchten. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 47/2009.

die klassisch-bürgerliche Politikfelder von Wachstum und Sicherheit widerspiegeln. Personen, die in diesen beiden Bereichen große Sorgen äußern, finden sich jedoch entgegen der heute breiteren programmatischen Aufstellung der Grünen zunehmend seltener unter deren Anhängern. Nur vier Prozent der Personen, die sich Sorgen um Kriminalität machen, unterstützen die Grünen und vergleichsweise geringe sieben Prozent Unterstützung finden die Grünen bei Personen, die sich um die wirtschaftliche Entwicklung sorgen (Tabelle 3). Anhänger der Grünen sind in beiden Politikfeldern also eher sorgenfrei. Oder anders ausgedrückt: Personen, die Handlungsbedarf in beiden klassischen Politikfeldern sehen, scheinen die Lösung eher selten bei B90/Die Grünen zu suchen.

Fazit

Die Grünen repräsentierten früher eine Partei der gebildeten, aber eher schlecht verdienenden sowie ökologisch orientierten Jungen. In den vergangenen Jahren ist es ihnen gelungen, sowohl die frühen Unterstützer dauerhaft an die Partei zu binden als auch nach wie vor überdurchschnittlich erfolgreich bei Erst- und Jungwählern zu sein. Heute sind die Grünen die Partei der umweltbewussten, gut gebildeten, gut verdienenden Beamten und Selbstständigen mittleren Alters in Großstädten. Gering Gebildete, Arbeitslose und Geringverdienende unterstützen die Grünen hingegen kaum. Grüne Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik muss auf diese Klientel folglich nur wenig Rücksicht nehmen. Der Aufstieg der Grünen ist nach Ergebnissen der Längsschnittstudie SOEP zusammengenommen alles andere als ein kurzfristiges Phänomen, sondern vielmehr eine langfristi-

ge sowie nachhaltige Positionierung im (Bildungs-) Bürgertum.

Eine langfristige Betrachtung der SOEP-Daten liefert neben dem sozialstrukturellen Wandel der Anhängerschaft den Verlust des politischen Themas Friedenserhalt als weiteren auffallenden Befund. So unterstützen Befragte, die Sorgen um den Friedenserhalt äußern, seit Ende der 90er Jahre nicht mehr überproportional die Grünen. Die besonders deutlich wachsende Unterstützung der Grünen unter Frauen könnte jedoch darauf hindeuten, dass das Thema Gleichstellung als vergleichsweise neuer thematischer Schwerpunkt der Grünen von vielen Bürgern honoriert wird.

Konnten sich die Grünen in den Gründungsjahren auf wenige Themen konzentrieren, sich also als Ein-Themen-Partei profilieren, so erfordert eine breitere Verankerung in der Bevölkerung auch differenziertere politische Antworten. Derzeit verfügen die Grünen zwar über eine gewachsene Anhängerschaft, diese ist aber nach wie vor sozialstrukturell und thematisch vergleichsweise homogen. Die unmittelbare politische Konkurrenz erfolgt mit SPD und Linkspartei um jeweilige ideologische Positionen – eine Konkurrenz um die Anhängerschaft ist dies allerdings nur im Fall der SPD. Interessanterweise zeigt sich aber auch ein Wettbewerb um die Interessenvertretung der Besserverdienenden, und zwar mit dem Lager der sogenannten bürgerlichen Parteien. Der Anspruch, in allen sozialen Milieus anerkannt zu werden, wird spätestens dann zur Nagelprobe einer Volkspartei, wenn es gelingt, in der Regierungsverantwortung getroffene unpopuläre Entscheidung auch breiteren Wählerkreisen zu vermitteln – ohne dauerhaft an Zustimmung zu verlieren.

JEL Classification:
D72, Z13

Keywords:
Party identification,
B90/Die Grünen,
SOEP



Sechs Fragen an Martin Kroh

„Die klassische linke Klientel unterstützt die Grünen nicht“

Prof. Dr. Martin Kroh,
Wissenschaftlicher
Mitarbeiter in der Abteilung
Infrastruktureinrichtung
Längsschnittstudie
Sozio-oekonomisches Panel
(SOEP)
am DIW Berlin und
Professor für Empirische
Sozialforschung,
insbesondere
Umfrageforschung,
an der Humboldt-Universität
zu Berlin

Herr Prof. Kroh, ist der aktuelle Zuspruch, den Bündnis 90/Die Grünen erfahren, eine Eintagsfliege oder ein nachhaltiger Trend?

Die hohen Umfragewerte von Bündnis 90/Die Grünen weisen deutliche Schwankungen auf. Ein gewisser Teil des Stimmungshochs der vergangenen Monate ist also auf die Tagespolitik zurückzuführen. Aber wir haben jetzt eben die Zustimmung zu den Grünen und die langfristige Parteibindung über die gesamte Periode der letzten 25 Jahre untersucht. Und wir stellen fest, dass es langfristig einen Trend hin zu den Grünen gibt. Aktuell haben sie zwar nicht 20, sondern nur 12 Prozent, aber wenn man das mit den 80er Jahren vergleicht, wo sie durchschnittlich bei knapp über fünf Prozent lagen, ist das nahezu eine Verdreifachung der Unterstützung.

Aus welchen Bevölkerungsschichten stammen die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen?

Die Anhängerschaft der Grünen ist überdurchschnittlich gebildet und kommt überwiegend aus den städtischen Gebieten. Das hat sich in den letzten 25 Jahren nicht geändert. Massiv verändert hat sich hingegen die sozialstrukturelle Position hinsichtlich Beruf und Einkommen. Im Vergleich zu den 80er Jahren sind es jedoch nicht neue, sondern nach wie vor dieselben Anhänger, die die Grünen heute unterstützen. Diese damals jungen, in der Ausbildung befindlichen Personen sind heute vielfach Beamte, Angestellte und Selbständige mit relativ hohem Einkommen.

Wo finden Bündnis 90/Die Grünen am wenigsten Zuspruch?

Die Grünen haben in den letzten 25 Jahren nie Unterstützung bei Arbeitern gefunden. Auch bei Arbeitslosen finden sie immer weniger Zuspruch. Das ist erstaunlich, weil sich die Grünen ja eigentlich als linke Kraft verstehen. Aber die klassische linke Klientel unterstützt die Grünen nicht.

Wie stark haben sich die Themen der Grünen im Laufe der Jahrzehnte gewandelt?

In den 80er Jahren haben die Grünen die mit Abstand höchste Unterstützung bei Menschen gehabt, die sich große Sorgen um den Friedenserhalt und die Umwelt gemacht haben. Umweltpartei sind sie nach wie vor, was jedoch die Friedenspolitik angeht, hat es seit Ende der 90er Jahre einen Wandel gegeben.

Grund dafür ist die Unterstützung der Grünen von Bundeswehreinheiten im Ausland in der rot-grünen Koalition. Die Interessensvertretung für Menschen, die sich um den Frieden Sorgen machen, ist seitdem nicht mehr gegeben, und in gewisser Weise haben die Grünen dieses Thema verloren. Damit ist der negative Effekt auf die Union deutlich schwächer geworden. Wenn eine Partei von den Sorgen um den Frieden profitiert, dann ist es „Die Linke“.

Wie sieht es bei den Wirtschaftsthemen aus?

Obwohl die Grünen von Selbständigen, Freiberuflern und Beamten unterstützt werden, finden sie bei Menschen, die sich Sorgen um die allgemeine Wirtschaftslage machen, unterdurchschnittliche Unterstützung. Offensichtlich wird den Grünen keine große Wirtschaftskompetenz zugeschrieben, auch

wenn sie sich in den letzten Jahren bemüht haben, sich programmatisch breiter aufzustellen.

Sind Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zur Volkspartei oder sind sie bereits eine?

Wenn ich eine Volkspartei so definiere, dass sie eine relativ hohe Unterstützung in allen Bevölkerungsschichten erhält, dann ist das nicht der Fall. Bündnis 90/Die Grünen sind, was Sozialstruktur und Themen betrifft, sehr spezifisch. Die Partei findet nur geringen Zuspruch bei Arbeitern, gering Gebildeten und Personen in kleinen Gemeinden, insofern kann man hier nicht von einer Volkspartei sprechen. Ich denke, es wird eine parteistrategische Entscheidung der Grünen sein, ob sie sich als die bessere SPD darstellen wollen oder doch ihren Themen treu bleiben. Ich vermute eher Letzteres.

Für eine Volkspartei
fehlt den Grünen
» Unterstützung aus «
allen Bevölkerungsschichten

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.
Das vollständige
Interview zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de/interview

Veröffentlichungen des DIW Berlin

André Hajek

Lebenszufriedenheit und Einkommensreichtum: eine empirische Analyse mit dem SOEP

In this study the relation between satisfaction with life and affluent income is analyzed by using cross-sectional and longitudinal data. The data used in this publication were made available by the German Socio Economic Panel Study (SOEP) at the German Institute for Economic Research (DIW Berlin), Berlin. A period from 2002–2008 is examined. The focus lies on the effects social treadmill has on life satisfaction for humans with high income. A key result of the fixed-effect-regression is the following: There is a significant effect relative income has on the contentment with life for affluent people, whereas considerable gender-specific discrepancies can be observed.

SOEP Papers Nr. 362

January 2011

Friedhelm Pfeiffer, Nico Johannes Schulz

Gregariousness, Interactive Jobs and Wages

Gregariousness is an important aspect of human life with implications for labour market outcomes. The paper examines, to the best of our knowledge for the first time for Germany, gregariousness and social interaction at the workplace and associated wage differentials. Our empirical findings with samples from the German Socio-Economic Panel (SOEP) demonstrate that gregarious people more often work in jobs with social interaction. Furthermore, females tend to work more often in interactive jobs compared to males. There is evidence that working in an interactive job is associated with a compensating negative wage differential of 7 percent for women and non for men. Implications for wage policy are discussed.

SOEP Papers Nr. 363

February 2011

Kurt Geppert, Anne Neumann

Regional Patterns of Intangible Capital, Agglomeration Effects and Localised Spillovers in Germany

We use a large micro-dataset to assess the importance of intangible capital – organisation, R&D and ICT capital – for the economic performance of establishments and regions in Germany. In 2003 self-produced intangible capital accounted for more than one fifth of the total capital stock of establishments. More than half of the intangible capital is R&D capital. This high proportion is mainly due to a relatively strong and research-intensive manufacturing sector in Germany. At the regional level, we find descriptive evidence for a positive relationship between intangible capital and the economic performance of regions. This is true both for the level of economic activities and for growth. The results of cross-sectional regressions for the years from 1999 to 2003 indicate that doubling the intangible capital intensity of establishments increases the average wage levels by one percent. Regarding the regional economic environment of establishments, we find that the substantial net advantages of agglomeration have more to do with broad knowledge and diversity than with regional clustering and specialisation. Separate regressions for the wage levels of non-intangible workers show very similar results. These workers can share the rents of the activities of intangible workers. Thus, intangible capital generates positive externalities not only at the regional level, but also at the level of establishments.

Discussion Paper Nr. 1012

March 2011

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake (kommissarisch)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
PD Dr. Joachim R. Frick
Prof. Dr. Martin Gornig (kommissarisch)
Prof. Dr. Peter Haan (kommissarisch)
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph. D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sabine Fiedler
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Lektorat

Johannes Geyer

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805-19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,- (jeweils inkl.
Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch
auszugsweise – nur mit Quellenangabe und
unter Zusendung eines Belegexemplars an
die Stabsabteilung Kommunikation des
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf 100 Prozent Recyclingpapier



Verringerung des Gender Pay Gap: Fast wurde vergessen daran zu arbeiten

von Elke Holst*

Frauen verdienen in Deutschland im Schnitt noch immer etwa 23 Prozent weniger als Männer. Deutschland steht damit im europäischen Vergleich fast am Ende der Skala. Geringe Verdienste im Erwerbsleben haben langfristige Konsequenzen, denn sie bedeuten auch eine niedrige Rente im Alter und damit ein erhöhtes Armutsrisiko. Davon sind Frauen in weit höherem Maße als Männer betroffen. Immer wieder wird der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern auch von der Politik beklagt.

Der von der internationalen Business-and-Professional-Women-Vereinigung initiierte *Equal Pay Day* am 25. März 2011 weist alljährlich auf die anhaltenden Ungleichheiten bei der Entlohnung von Frauen und Männern eindringlich hin. Doch ist diese ganze Aufregung um Ungleichheit eigentlich noch zeitgemäß? Frauen sind heute hervorragend ausgebildet, sie übertreffen die Männer seit Jahren bei den Studienabschlüssen. Frauen sind ehrgeizig, leistungsfähig und streben Karrieren an, Unterbrechungen wegen Familienzeiten sind seltener und kürzer. Familienwünsche werden vielfach hinten gestellt, um zu den Männern auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig zu sein. Also eigentlich müsste es doch von selbst voran gehen.

Doch der Blick auf die Zahlen lässt daran zweifeln, dass diese Aufholjagd bei den Qualifikationen automatisch zum Erfolg führt: Der Gender Pay Gap dümpelt seit langer Zeit auf dem gleichen Niveau. Fast sieht es

so aus, als wurde hier vergessen, konsequent an diesem Thema zu arbeiten.

Frauen müssen auch heute mit Wettbewerbsnachteilen auf dem Arbeitsmarkt rechnen: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist überwiegend ihr Problem und geht mit zum Teil erheblichen Abschlägen beim Verdienst einher. Teilzeitarbeit gilt als Karrierekiller. Und selbst Frauen, die auf der individuellen Ebene genauso frei über ihre Zeit entscheiden können wie Männer, sind mit Stereotypen konfrontiert, die auf dem Arbeitsmarkt zu ihrem finanziellen Nachteil wirken. Gleichwertige Arbeit wird immer noch nicht gleich entlohnt. In Führungspositionen gezahlte hohe Gehälter, Boni und Zulagen gehen nach wie vor vorwiegend an Männer – während Frauen mit mehr als zwei Dritteln die Gruppe der Menschen mit Niedriglöhnen in Deutschland anführen.

Die Fakten sind lange bekannt. Jetzt gilt es zu handeln. Von den Tarifparteien kann erwartet werden, sich endlich auf echte Entlohnungsgerechtigkeit im Sinne einer gleichen Bezahlung für gleichwertige Arbeit zu einigen. Mehr Transparenz im Unternehmen bei den Verdiensten ist zudem ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg, den Gender Pay Gap zu reduzieren. Und auch die Beförderung von mehr Frauen in hohe Führungspositionen führt zu mehr Verdienstgerechtigkeit. Geschieht weiterhin nichts Grundsätzliches, verschiebt sich das Problem in die Zukunft. Damit wird seine Lösung teurer. Die gesellschaftliche Sprengkraft steigt.

* PD Dr. Elke Holst ist Senior Economist bei der Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) und Forschungsdirektorin Gender Studies am DIW Berlin. Der Beitrag gibt die persönliche Meinung der Autorin wieder.